

## PRESSEMITTEILUNG

Hamburg-Harburg, den 3. Juni 2026

Linksfraktion berichtet zur jüngsten Bezirksversammlung:

### **Sondersitzung zur „Harburger Erklärung“ beschlossen**

**Bezirk Harburg. Die Fraktion Die Linke Harburg konnte in der jüngsten Bezirksversammlung am Dienstag (02.06.) für einen Erfolg verbuchen: Ihr Antrag auf eine Sondersitzung zur „Harburger Erklärung“ wurde mit breiter Mehrheit beschlossen.**

Gleichzeitig sieht sich die Fraktion beim Dauerthema Midsommerland bestätigt, bei dem sie frühzeitig eine massive Verzögerung befürchtete. Das Harburger Freizeitbad Midsommerland entwickelt sich immer mehr zur Hängepartie. Statt der versprochenen Eröffnung im Jahr 2027 wird die Fertigstellung nun erst für das dritte Quartal 2028 erwartet – eine Verzögerung von fast einem dreiviertel Jahr. Die Fraktion Die Linke Harburg hatte diesen Trend bereits im Herbst 2025 vorausgesehen und einen halbjährlichen Baufortschrittsbericht beantragt. Damals bündelte die Bäderland GmbH den Vorstoß im November 2025 noch mit der Behauptung ab, der Kosten- und Zeitplan werde eingehalten. Nun muss das Bäderland in der zweiten Jahreshälfte im Ausschuss für Bildung und Sport zum Rapport antreten.

**Eric Golbs, Abgeordneter der Linksfraktion Harburg:** *„Es ist ein starkes Stück: Im Herbst speist man uns mit der Aussage ab, alles laufe nach Plan, und nur ein halbes Jahr später hinkt das Projekt bereits um neun Monate hinterher. Die Harburger\*innen warten dringend auf ihr Bad. Wir erwarten in der kommenden Ausschusssitzung eine komplette Aufklärung vom Bäderland, warum hier gemauert wurde und worauf sich die Bürger\*innen noch einstellen müssen.“*

Einen Durchbruch gab es hingegen beim Kampf um die soziale Infrastruktur. Ihr Antrag, gemeinsam mit den Grünen gestellt, auf eine Sondersitzung zur „Harburger Erklärung“ wurde mit breiter Mehrheit mit 31 Ja-Stimmen (bei 4 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen) beschlossen. CDU und Volt erklärten Ihre Unterstützung des Antrags, die SPD-Fraktion enthielt sich.

**Simon Dhemija, Vorsitzender der Linksfraktion Harburg**, betont die Bedeutung dieses Beschlusses: *„Mit der heutigen Entscheidung haben wir einen kleinen, aber wichtigen Schritt gemacht. Die Sondersitzung schafft endlich den parlamentarischen Raum, damit die Menschen und Einrichtungen, die tagtäglich soziale, integrative und kulturelle Arbeit leisten, Gehör finden. Damit allein aber ist es natürlich nicht getan. Wir müssen weiterhin vom Senat einfordern, die angekündigten Kürzungen zurückzunehmen und bereits erfolgte zu korrigieren. Unser Ziel kann nicht sein, soziale Infrastruktur, Integrationsangebote und kulturelle Einrichtungen abzubauen und den Mangel nur bestmöglich zu verwalten. Im Gegenteil: Die Angebote müssen gestärkt und ausgebaut werden. Nur so sichern wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Bezirk.“*

In der Offenen Debatte der Versammlung erteilte die Linksfraktion zudem den Rufen der CDU nach bloßer Aufrüstung und mehr Polizeipräsenz eine deutliche Absage. Das historische Olympia-Nein vom vergangenen Sonntag (31.05.) zeige überdeutlich, dass die Menschen keine Prestigeprojekte und kein politisches Geklüngel wollen.

**Eric Golbs** stellte in seiner Rede klar: *„Harburgs besondere Bedarfe anzuerkennen – das unterschreiben wir sofort. Denn die Menschen brauchen eine auskömmliche Finanzierung für Kunst und Kultur, eine funktionierende ärztliche Versorgung, inklusive Kitas, soziale Stadtteilarbeit und barrierefreie öffentliche Toiletten. Wer heute an dieser Stelle spart, verschiebt Probleme nicht, er verschärft sie. Die beste Vorsorge für echte Sicherheit im Bezirk sind verlässliche Investitionen in die Menschen vor Ort, statt Harburg infrastrukturell weiter wie ein ungeliebtes Anhängsel Hamburgs zu behandeln. Dazu gehört auch ein Schienenersatzverkehr, der diesen Namen verdient und tatsächlich funktioniert.“*

## Hintergrund

**Die „Harburger Erklärung“** (Drs. 22-1762): Am 18.03.2026 veröffentlichte ein breites Bündnis Harburger Träger\*innen die „Harburger Erklärung“, um gegen den drohenden Kollaps der sozialen Arbeit durch Sparmaßnahmen zu protestieren. Der nun beschlossene Antrag der Linken sieht eine Sondersitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Gesundheit und Inklusion vor. Geladen werden neben den Unterzeichner\*innen der Erklärung auch der Harburger Integrationsrat, Träger\*innen von Sprachkursen sowie Fachbehörden, um die sozialen Kürzungen transparent aufzuarbeiten.

## Midsommerland:

Die Fraktion Die Linke Harburg hatte bereits im Spätherbst 2025 eine engmaschige parlamentarische Kontrolle der Modernisierungsmaßnahmen am Midsommerland gefordert, um Verzögerungen frühzeitig abzufangen. Die jüngsten Berichte über die Verschiebung der Eröffnung auf Ende 2028 bestätigen die damaligen Befürchtungen der Fraktion hinsichtlich mangelnder Transparenz bei städtischen Großprojekten.